

LANDTAG IN KÜRZE

Europarat: Gute Arbeit

VADUZ – Stellvertretend für die ehemalige Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates präsentierte Delegationsleiterin Renate Wohlwend den ausführlichen Bericht über die Tätigkeiten ihrer Kollegen Roland Büchel, Alexander Marxer und Christian Brunhart. Liechtenstein habe in den Versammlungen immer wieder die Themen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und des gegenseitigen Respekts, alle Grundpfeiler des Europarates, in den Mittelpunkt gestellt. (pk)

Menschenrechte machen Menschen reich

VADUZ – Renate Wohlwend stellte stellvertretend für die liechtensteinische Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE den Jahresbericht vor und dankte den Mitgliedern Ingrid Hassler, Hugo Quaderer und Christian Brunhart für die Arbeit in dieser Institution. Besonders hob Wohlwend die Arbeiten der aus dem Landtag ausgeschiedenen Abgeordneten Ingrid Hassler hervor, die sich mit Teilnahmen an internationalen Wahlbeobachtungen auszeichnen konnte. (pk)

Abgeordnete gut eingebunden

VADUZ – Anstelle des aus dem Landtag ausgeschiedenen FBP-Abgeordneten Jürgen Zech, der in der abgelaufenen Legislaturperiode den Vorsitz der liechtensteinischen Delegation für das EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee bekleidete, dankte der nunmehrige Vorsitzende Franz Heeb (Bild) der Delegation mit Hugo Quaderer, Monica Bereiter-Amann und Peter Kranz. Die Delegation habe wichtige Vorarbeiten geleistet und habe es immer wieder geschafft, unser Land in diese Organisationen gut einzubinden. (pk)

**Gegen Kurpfuscher**

VADUZ – Die im Dezember-Landtag in erster Lesung behandelte Initiative der beiden Mediziner und ehemaligen Abgeordneten Marc Ospelt und Dorothee Latenser wurde gestern vom Landtag einhellig verabschiedet. Die Verschärfung der Zulassung zum Ärzteberuf kann nun vollzogen werden.

Das heutige Ärztegesetz sei ungenügend und diene nicht der Sicherung von Qualität, so die Begründung der Initiative der beiden Ärzte und Abgeordneten Marco Ospelt und Dorothee Latenser im Dezember. «Ein Arzt, der mehrere Jahre nicht tätig war, erhält heute zwingend eine Bewilligung zur Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit», sagte Marco Ospelt damals. Mit dem nun verabschiedeten Gesetz wird nun erreicht, dass Ärzte nur dann eine Bewilligung erhalten, sofern sie in den vergangenen zwei Jahren für mindestens 12 Monate ihren Beruf ausgeübt haben. Für eine kurze Diskussion sorgte noch die im ursprünglichen Initiativtext fehlende Übergangsbestimmung, welche von Regierungsrat Martin Meyer in Vorschlag gebracht wurde. Nach kurzen Diskussionen verständigte sich der Landtag darauf, dass für die 12 hängigen Gesuche die alte Gesetzgebung Anwendung findet. Diese Handhabung war unter anderem von Regierung und Rechtsdienst empfohlen. (pk)

Für Freihandel mit Libanon

VADUZ – Der Landtag hat gestern einem Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Libanon einhellig zugestimmt. Ziel des Abkommens ist es, EFTA-Mitgliedsstaaten wie Liechtenstein einen möglichst gleichwertigen und diskriminierungsfreien Marktzugang zu verschaffen. Das Abkommen wird durch einen asymmetrischen Vertrag geregelt, das heisst, dass der Republik Libanon eine Übergangsfrist gewährt wird, um ihre Zölle schrittweise abzubauen. Dagegen schaffen die EFTA-Staaten ihre Zölle ab Inkrafttreten des Vertrages ab. (mr)

Kunstschnee von morgen

Baugesetzänderung in Bezug auf Beschneiungsanlagen im Landtag

VADUZ – Das Malbun-Projekt, das der Staat mit 13 Millionen Franken unterstützt, sieht den Einsatz von Schneekanonen vor. Für den künstlichen Schnee von morgen ist eine baugesetzliche Anpassung notwendig, die gestern der Landtag in erster Lesung behandelt hat.

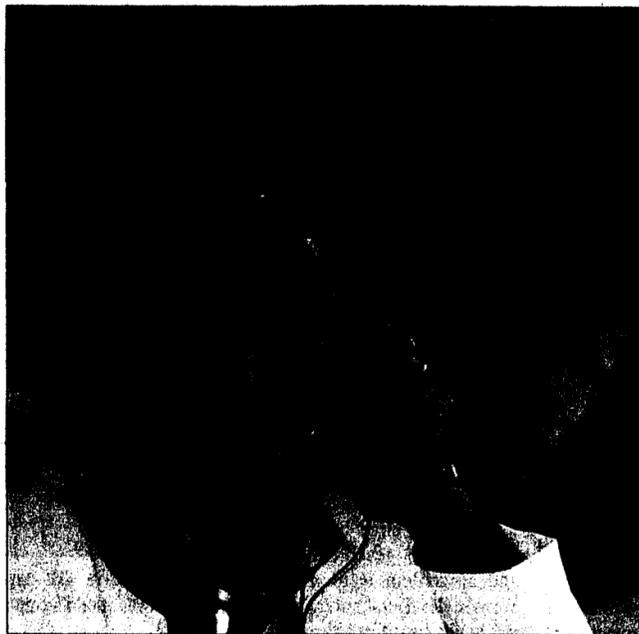
• Martin Koch

Damit in Malbun Anlagen zur künstlichen Schnee-Erzeugung gebaut werden können, muss der gesetzliche Rahmen angepasst werden. Die entsprechende Vorlage der Regierung stiess gestern im Landtag auf grundsätzliche Zustimmung.

«Wer A sagt, muss auch B sagen», sprich, wer zum Malbun-Projekt ja gesagt habe, müsse konsequenterweise auch zur Möglichkeit der künstlichen Beschneung ja sagen. Wie der Abgeordnete Peter Lampert (FBP) äusserten sich oder votierten gestern mehrheitlich alle Abgeordneten des Landtags.

Kunstschnee in Malbun wenig umstritten

Die heutigen rechtlichen Voraussetzungen zur Bewilligung von Beschneiungsanlagen sehen vor, dass der gesamte Wasserbedarf durch Speicher gedeckt ist. Für das Malbun-Projekt soll jedoch das Wasser



Josy Biedermann (FBP) verschaftete gestern ihren Bedenken betreffend Schneekanonen Gehör, stimmte jedoch im Interesse des Malbun-Projektes.

aus der Vaduzer Wasserversorgung entnommen werden, was eine baugesetzliche Änderung bedingt.

Dass Trinkwasser für Schneekanonen verwendet werden soll, ist im ersten Moment ökologisch denkend etwas stossend. Vielerlei andere Aspekte, es muss beispielsweise kein eigener Speicher gebaut werden, überzeugen jedoch

bei weiterer Betrachtung. Die FBP-Abgeordneten Josy Biedermann sprach sich gestern deshalb auch trotz grundsätzlicher Bedenken für die Abänderung des Baugesetzes aus. Ebenso liess sich Jürgen Beck (VU) nach einer Güterabwägung auf die Vorlage ein, obwohl er ein vehementer Gegner der Trinkwasserverwendung sei:

«Ich bin für das Malbun als Skigebiet.»

Kunstschnee im Tal wer umstritten

Eine von Rudolf Lampert (FBP) und anderen Abgeordneten eingebrachte gesetzliche Zusatzbestimmung sorgte gestern für eine längere Diskussion. Rudolf Lampert möchte auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen wissen, die eine künstliche Schnee-Erzeugung auch im Tal ermöglicht. Man «stecke den Kopf in den Sand», wenn man keine Regelung festlege. Veranstaltungen wie ein City-Sprint (Langlauf-Kurzrennen) würden im Tal bei entsprechender Nachfrage auch durchgeführt, wenn keine Erlaubnis für Schneekanonen erteilt würden. Ökologisch viel bedenklicher sei dann, das «Herankarren» von Schnee aus dem grenznahen Ausland. Das Dafür und Dawider wurde gestern lange diskutiert. «Man kann nicht alles verbieten, was sinnlos ist», meinte etwa Markus Büchel (FBP) pragmatisch. Ein anderes Gespür für Schnee hat der Landtagsvize Ivo Klein (VU), der künstliches Beschneien im Tal am liebsten völlig verboten sehen würde.

Falls die entsprechende gesetzliche Umsetzung seiner Vorstellung nicht eingebracht wird, will Rudolf Lampert dies anlässlich der 2. Lesung wiederum einbringen.

Gesundheitskosten steigen wohl weiter

Landtag genehmigt Staatsbeitrag 2006 an obligatorische Krankenversicherung

VADUZ – Der Staatsbeitrag 2006 an die obligatorische Krankenversicherung beträgt 43 Millionen Franken. Der Landtag leistete gestern dem entsprechenden Antrag Folge. Zu diskutieren gab die angennommene Kostensteigerung von 7 Prozent und eine eventuelle Prämienhöhung.

• Martin Koch

Der Staatsbeitrag wird seit der Abänderung des Gesundheitsgesetzes über die Krankenversicherungen vom Landtag auf Antrag der Regierung festgelegt. Zur Berechnung des Beitrags müssen Kostensteigerungen im Gesundheitsbereich angenommen werden. Die Regierung

nimmt an, dass im Jahr 2005 die Bruttoleistungen in der obligatorischen Krankenversicherung um 7 Prozent zunehmen werden. Daraus ergibt sich laut Hochrechnung ein Staatsbeitrag über 43 Millionen Franken. Dieser Betrag wurde gestern vom Landtag genehmigt.

Kostenbewusstsein

Mehrere Abgeordnete verwiesen gestern auf die Tatsache, dass das Kostenbewusstsein im Gesundheitsbereich zu stärken sei. Der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert rechnete vor, dass im Jahr 2004 jeder 20. Franken, den das Land ausgegeben hat, in den Krankenversicherungsbereich investiert worden ist. Dabei seien die Kinderbeiträge oder die Prämienverbil-

lungen noch nicht berücksichtigt. Zu reden gab auch die geplante Einführung des Tarmed auf Anfang 2006. Wendelin Lampert forderte angesichts der Kostensteigerungen in diesem Zusammenhang eine «Opfersymmetrie». Nicht nur die Leistungsbezüger müssten Opfer bringen, auch die Leistungserbringer (Ärzte) müssten für eine Kostensenkung im Gesundheitsbereich ihren Teil beisteuern.

Prämienhöhung?

Während der Diskussion um die Berechnung des Staatsbeitrags wurde gestern der Regierung auch die Frage gestellt, wer die angennommene Kostensteigerung zu berrappen haben werde, und ob es zu einer Prämienhöhung kommen

könnte. Regierungsrat Martin Meyer erklärte dazu, dass eine allfällige Kostensteigerung teils durch die Landessubventionen, teils durch die direkte Kostenbeteiligung der Versicherten und teils durch eine geringe Prämienhöhung (3 Prozent) gedeckt werden würde. Letzteres werde die Regierung zu verhindern suchen. Dabei würde sie mit den Krankenkassen in Verhandlung treten, um den Bedarf einer Prämienhöhung von 3 Prozent angesichts der Reserven der Krankenkassen zu analysieren. Damit, so Meyer, könne nicht die Rede sein von «einer versteckten Prämienhöhung», wie es die VU-Fraktionssprecherin Doris Beck gestern gegenüber der Regierung antönte.

Die Aussichten sind bewölkt bis gewittrig

Jahresbericht der AHV/IV/FAK zeigt Handlungsbedarf auf

VADUZ – Die cominge Zeit für die Sozialwerke könnte auch in Liechtenstein künftig zu Ende gehen. Der Jahresbericht der Sozialwerke-Anstalten spricht eine deutliche Sprache. «Reformen zur Rentensicherung sind daher unumgänglich», war gestern der Grundtoner im Landtag.

• Martin Koch

Es herrschen glücklicherweise noch nicht die Verhältnisse wie in anderen europäischen Ländern, aber am langfristigen AHV-Horizont ziehen die ersten Wolken auch in Liechtenstein auf. Man dürfe die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschliessen, kommentierte FBP-Abgeordneter Wendelin Lampert den Jahresbericht der Sozialwerke.

48 Jahre lang, von 1954 bis 2002 waren die Einnahmen in der Liechtensteiner AHV höher als die Ausgaben. Seit 2003 ist es umgekehrt. «Um es genau zu sagen, besteht ein Defizit von zirka fünf Millionen Franken», so Lampert. Das müsse nicht nur zu denken geben, sondern auch zum Handeln anregen. Obwohl das Defizit durch den Staatsbeitrag und die Kapitalerträge bei weitem gedeckt werden. Die umgekehrte Bevölkerungspyramide spricht eine deutliche Sprache: Das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern war in Liechtenstein vor 20 Jahren noch bei fünf zu eins, heute ist es drei zu eins. Wenn man den Generationenvertrag aufrecht erhalten will, ist die Zeit gekommen, um erste Schritte einzuleiten.

Die Entwicklung der Invalidenversicherung ruft nach Gegenmass-

nahmen oder wie es Wendelin Lampert gestern umschrieb: «Ich denke, das erste Gewitter hat auch Liechtenstein bereits erreicht.» Die Leistungen der IV steigen stetig. Laut Jahresbericht weist die IV deshalb trotz eines Staatsbeitrages von gut 26 Millionen Franken ein Defizit von 760 000 Franken aus.

IV bedarf dringend Korrekturen

«Wenn wir den Generationenvertrag aufrechterhalten wollen, ist die Zeit gekommen, um erste Schritte einzuleiten», so Lampert. Er verwies auf die Revision des IV-Gesetzes, das die Vernehmlassung durchlaufen hat. Ein Grossteil der Vernehmlassungsteilnehmer habe sich kritisch geäussert, wolle «die Kröte» jedoch schlucken, sagte Sozialminister Hugo Quaderer. Das revidierte Gesetz sieht eine IV-Beitragssteigerung um

0,3 Prozent auf 1,5 Prozent der Lohnsumme vor. Mit dieser Erhöhung werde man in den Jahren 2006 bis 2010 «nur» ein Defizit von 0,1 bis 9,5 Millionen Franken haben, rechnete Wendelin Lampert vor.

Die IV-Revisionsvorlage sollte im September dem Landtag vorgelegt werden können und könnte somit Anfang 2006 in Kraft gesetzt werden. Gefordert wurde gestern, dass mit einer Beitragserhöhung auch die Leistungen der IV zu hinterfragen seien.

Jetzt sei der Zeitpunkt richtig, um auch unpopuläre Massnahmen zur längeren Sicherung der Sozialwerke einzuleiten, meinte Lampert zum Schluss. «Diese Verantwortung, meine Damen und Herren Abgeordnete und wer te Mitglieder der Regierung, liegt bei uns, und wir sind aufgefordert zu handeln.»